



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**Stadtverordnetenfraktion Hünfeld**

**Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion,**  
**Uwe Heinicke, zum Haushaltsplan 2024**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Gäste,

die Bedeutung von Vernunft und Verlässlichkeit als Säulen der politischen Arbeit ist unbestritten und in Hünfeld haben diese Tugenden traditionell das Fundament unserer Entscheidungsfindung gebildet. Dies gilt auch dann, wenn man über Detailfragen teilweise leidenschaftlich diskutiert und am Ende nicht immer einer Meinung ist. So funktioniert eben Demokratie.

Sieht man sich den vor uns liegenden Haushaltsplan 2024 an, kann ich eines vorweg nehmen: Hünfeld geht es aus finanzieller Sicht auch in schwierigen Zeiten gut.

Zwar kann durch den ausgewiesenen Saldo von gut 84 TSD Euro im Ergebnishaushalt der Realkapitalerhalt nicht vollumfänglich realisiert werden - dies ist in Zeiten der Inflation auch nur schwer möglich. Trotzdem ist der Ergebnishaushalt ausgeglichen.

Der Haushaltsplan sieht vor, dass die Grundsteuer A und B ab 2024 wieder von 150 auf den ursprünglichen Hebesatz von 300 Prozent angehoben wird. Das dies wieder erforderlich sein wird, darauf haben wir im letzten Jahr hingewiesen. Damit liegt Hünfeld jedoch noch immer an der unteren Grenze der Hebesätze.

Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B in Hessen für Gemeinden von 10 TSD bis 25 TSD-Einwohnern beträgt 504,39.

Hätte man den Realkapitalerhalt in Hünfeld realisieren wollen, hätte man den Hebesatz auf ca. 580 Prozent anheben müssen. Die Frage ist, ob wir dies angesichts guter Kassenlage wollen. Wir sagen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger: Nein!

Auch der Finanzhaushalt gilt, da der Saldo des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von Krediten übersteigt als ausgeglichen.

Beschlossen werden sollen heute auch Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 9,33 Millionen Euro für die Jahre 2025 und 2026. Diese schränken den Handlungsspielraum der Stadtverordnetenversammlung in den Jahren, für die sie vorgesehen sind, per se ein. Aber auch dies halten wir für überschaubar und vertretbar.

Weiterhin weist der Haushaltsplan für 2024 eine Kreditaufnahme von 5,5 Millionen Euro aus. Weitere Kreditaufnahmen sind in Höhe von 12,5 Millionen für 2025 und 5,5 Millionen für 2026 geplant. Diese sind, so wurde uns berichtet, zweckgebunden für den Abwassersektor. Allerdings möchten wir warnend darauf hinweisen: Kreditaufnahmen sind formal Schulden, die nicht zweckgebunden sind, können also jederzeit auch anderweitig verwendet werden.

Dass die vor uns liegende Haushaltsplanung keine Aufnahme von Liquiditätskrediten vorsieht, ist der Tatsache geschuldet, dass ausreichend Zahlungsmittel auf der, wie man sprichwörtlich sagt, hohen Kante liegen.

Meine Damen und Herren, das vor uns liegende Zahlenwerk spiegelt aber auch das in Zahlen wider, was der Magistrat mit dem Bürgermeister an der Spitze im nächsten Jahr vorhat und die Folgejahre plant.

Ein uns jährlich umtreibendes Thema ist die Kinderbetreuung. Hier hat die Stadt Hünfeld in den letzten Jahren erheblich in Betreuungseinrichtungen investiert und dies ist auch weiterhin im Haushalt vorgesehen. Doch was nützt der beste und schnellste Computer, wenn die Software fehlt. Wir wissen, dass die Besetzung offener Stellen mit Erzieherinnen und Erziehern schwer und herausfordernd ist. Darauf haben wir schon in der letzten Wahlperiode hingewiesen und seinerzeit auch einen Antrag zur Erhöhung des Betreuungsschlüssels gestellt. Daher nochmal unser Apell: Bleiben Sie an dem Thema dran. Nehmen Sie darauf Einfluss, dass attraktive Bedingungen angeboten werden: unbefristete Verträge, anstatt befristete, flexible Arbeitszeiten anstatt starre.

Die Liste ließe sich noch deutlich erweitern. Gelegentlich ist auch pragmatistisches Denken angebrachter als konfessionelle Abgrenzung.

Die derzeitige Qualität unserer Spielplätze erkennen wir gerne an. Stillstand ist hier aber Rückschritt.

Für die Instandhaltung und Aufwertung wurden im aktuellen Haushaltsplan lediglich 65.000 Euro vorgesehen – ein Rückgang gegenüber den 100.000 Euro des Vorjahres 2023. Bei etwa 30 Spielplätzen in unserer Zuständigkeit bedeutet dies eine Zuweisung von ca. 2.100 Euro pro Spielplatz. Angesichts der steigenden Kosten für Instandhaltung und modernes Spielgerät ist dies eine Summe, mit der sich nur begrenzte Maßnahmen realisieren lassen. Es ist fraglich, ob damit mehr als die grundlegendsten Reparaturen oder kleinere Anschaffungen zu bewerkstelligen sind.

Eine angemessene Aufwertung unserer Spielräume für Kinder sieht anders aus. Wir hatten vor zwei Jahren einen Antrag zur Beschaffung eines schattenspendenden Spielgerätes gestellt. Dieser wurde unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, es gäbe da auch preiswertere Möglichkeiten. Passiert ist aber nichts.

Dass für den Bereich Straßenbau weniger Mittel veranschlagt werden, ist nur folgerichtig. Straßenbaumaßnahmen und Instandhaltungen sind grundsätzlich etwas Positives. Allerdings mussten unsere Bürgerinnen und Bürger dafür in den letzten zwei Jahren mit nicht unerheblichen Behinderungen leben. Eine Verschnaufpause tut daher sicherlich gut. Ob es die aber wirklich gibt, kann durchaus bezweifelt werden.

Allein für Straßenbaumaßnahmen schieben wir noch ca. 12,5 Millionen Euro aus Haushaltsresten und Haushaltsübertragungen vor uns her.

Was wir keinesfalls vor uns herschieben dürfen, ist die Umsetzung der Energiewende in unserer Stadt. Bereits in meiner Haushaltsrede vor zwei Jahren hatte ich darauf hingewiesen, dass sich die Stadtwerke für die Zukunft neu aufstellen müssen. Die Vorschläge, die wir dazu gemacht haben, sind jederzeit im entsprechenden Protokoll nachzulesen. Wir sind gespannt auf das angekündigte Zukunftskonzept. In diesem Kontext unterstreichen wir wie in jedem Jahr die Wichtigkeit einer städtischen Energiegenossenschaft als integralen Bestandteil des gesamten Ökosystems, die einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung unserer klimapolitischen Ziele leisten kann.

Erhebliche Summen sollen in den Ausbau von Photovoltaik in städtischer Regie investiert werden. Was aber leider noch immer seiner Zeit hinterherhinkt, ist der Ausbau und die Installation privater PV-Anlagen. Wir hatten mittels eines Antrages vorgeschlagen dies zu fördern. Schade, dass dieser in diesem Hause keine Mehrheit gefunden hat.

Im Kontext der Energiewende steht das Heizungsgesetz. Dazu sind Kommunen mit weniger als 20 TSD-Einwohnern verpflichtet, bis Mitte 2028 eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Hierzu sind im Haushaltsplan 117000 Euro angesetzt, die aber mit 90% gefördert werden. Auch diese sind als Ertrag im Haushalt vermerkt. Die Erstellung und Umsetzung obliegen den Kommunen. Dies ist nur logisch und auch nachvollziehbar, denn wer kennt die Gegebenheiten und Anforderungen vor Ort besser als die Kommunen selbst?

Ein Thema, das uns in den vergangenen Wochen beschäftigt hat, sind die Abwassergebühren. Dass diese angepasst werden mussten, hängt mit vielen Faktoren zusammen. Der Bürgermeister hat diese in seiner Haushaltsrede dargestellt. Wir denken, dass wir in diesem Bereich fraktionsübergreifend aber zu einer guten und angemessenen Lösung gekommen sind.

Eine verlässliche und transparente Gebührenordnung in diesem Bereich trägt auch dazu bei, dass Hünfeld als attraktiver Wohnort wahrgenommen wird. Es mangelt an Wohnraum in unserer Stadt. Der Abschlussbericht der AG-Wohnraumförderung liegt uns heute zur Beschlussfassung vor und wir stimmen diesem auch gerne zu. Wir haben selbst daran mitgearbeitet und viele, für Sozialdemokraten wichtige Maßnahmen haben Berücksichtigung gefunden.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion aus 2017 wurde ein Förderprogramm zur Beseitigung von Leerstand beschlossen, um die Innenverdichtung zu beschleunigen. Dies zeigt mittlerweile erste Effekte und erfreut sich zunehmender Beliebtheit.

Leider bestehen noch immer die sich kontraproduktiv auswirkenden Einschränkungen durch die Baugestaltungssatzung hinsichtlich PV-Anlagen in Ortskernen und ortsbildprägenden Bereichen. Wir nehmen also einerseits Geld in die Hand, um innerörtliche Bausubstanz zu sanieren, auf der anderen Seite bremsen wir durch völlig aus der Zeit gefallenen Einschränkungen wieder aus.

Die in hohem Maße umfangreichen Investitionen in unsere Feuerwehr, die in der Haushaltsrede des Bürgermeisters dargestellt sind, unterstützen wir ausdrücklich. Für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist es erforderlich, die Einsatzabteilungen stets auf dem neuesten Stand zu halten. Im Übrigen hat dies auch etwas mit Respekt und Anerkennung gegenüber unseren Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern zu tun.

Die gleiche Hochachtung gilt auch den vielen Ehrenamtlichen in unserer Stadt, die sich in Sportvereinen, gesellschaftlichen Vereinen, beim THW, beim Roten Kreuz oder der Tafel engagieren. Sie alle leisten einen herausragenden Dienst für die Gesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In diesem Kontext muss ich allerdings nochmal auf Ihre Haushaltsrede zu sprechen kommen, Herr Bürgermeister:

Sie haben in Zusammenhang mit Deutschland vom „kranken Mann Europas“ gesprochen.

Dieser Terminus ist keinesfalls neu; er diente historisch als Kennzeichnung für nachlassende Großmächte – wie das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert oder Großbritannien in den 70er Jahren.

Gewiss, Deutschland sieht sich mit Herausforderungen wie der Abhängigkeit von russischem Gas, strukturellen Problemen wie dem Fachkräftemangel, Defiziten in der Digitalisierung und der Infrastruktur sowie einer alternden Gesellschaft konfrontiert.

Diese werden zudem von externen Faktoren wie Pandemien, Klimakrisen und geopolitischen Konflikten beeinflusst.

Es gibt aber auch positive Signale:

- **Unser Land ist bisher gut durch die Energiekrise gekommen.**
- **Die Gasspeicher sind gut gefüllt. Die Preise für Strom und Gas sinken derzeit.**
- **Es herrscht weiterhin ein hoher Bedarf an Fachkräften und Deutschland ist kürzlich zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Nur die Vereinigten Staaten und China sind noch größer, so die Berechnung des Internationalen Währungsfonds.**

Wer immer nur alles schlecht redet, spaltet die Gesellschaft und treibt große Teile der Bevölkerung in die Arme derer, die wir hoffentlich beide nicht wollen.

Auch haben Sie davon berichtet, dass Sie bei unserem Besuch unserer Freunde in Landerneau den Eindruck gewonnen haben, Deutschland sei ein digitales Entwicklungsland. Frankreich sei da viel weiter.

Wir haben das recherchiert:

Es ist bemerkenswert, dass die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits 1981 Pläne für den Glasfaserausbau vorantrieb.

Doch diese Pläne wurden nach dem Regierungswechsel zu Helmut Kohl und einer schwarz-gelben Koalition 1982 nicht fortgeführt; die Priorität verlagerte sich auf den Ausbau des Kabelfernsehens.

In Bezug auf den aktuellen Digitalisierungsgrad innerhalb der EU gemäß dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) für das Jahr 2022 ist Frankreich auf Platz 12 und Deutschland auf Platz 13. Der Unterschied ist demnach eher gering.

Bedanken möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufstellung des umfangreichen Zahlenwerkes.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Ersten Stadtrat Stefan Schubert und Herrn Joachim Wehner, die uns in einer fraktionsübergreifenden Sitzung auch in diesem Jahr wieder wertvolle Erläuterungen zum Haushalt geliefert haben.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe als Oppositionsfraktion ist es, die Arbeit des Magistrats konstruktiv, aber kritisch zu begleiten.

Aber wir haben auch den Anspruch eigene Vorschläge zu unterbreiten. In einer Stadtverordnetenversammlung tut man dies üblicherweise durch Anträge.

Im letzten Jahr haben wir dem Haushalt zugestimmt und betont, dass dies für uns mit vielfältigen Kompromissen verbunden war.

Im Gegenzug hätten wir uns in diesem Jahr wenigstens etwas Kompromissbereitschaft seitens des Magistrats und der Mehrheitsfraktion gewünscht, als es um die Behandlung unserer Vorschläge ging.

Neben den allermeisten Eingaben der Vorjahre wurden alle vier unserer Anträge in diesem Jahr abgelehnt.

Dies waren:

- **Förderung privater PV-Anlagen**
- **Einrichtung einer Hundespielwiese**
- **Umrüstung auf intelligente Straßenbeleuchtung**
- **und die Sanierung des Pendlerparkplatzes an der Brückenmühle.**

Somit findet sich auch nichts davon im Haushalt wieder.

Daher können wir heute leider nicht zustimmen und werden den Haushaltsplan 2024 ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Es gilt das gesprochene Wort!**